

G 20: Kampf gegen Vagabunden-Kapital

G 20 Deutschland, Frankreich und Grossbritannien lancieren auf dem Gipfel der 20 führenden Industriestaaten eine Initiative gegen Steuer-Schlupflöcher für Konzerne.

AXEL EICHHOLZ, MOSKAU
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Die Initiative auf dem Treffen der G-20-Finanzminister und -notenbankchefs sieht eine weltweite Vereinheitlichung der Steuerbestimmungen vor. Die Initiative bezieht sich unter anderem auf eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD. Die Untersuchung war nach Angaben des britischen Rundfunksenders BBC zu dem Schluss gekommen, dass internationale Konzerne die Lücken in den verschiedenen Ländern ausnutzen können, in denen sie operieren. Dem wollen die Finanzminister Wolfgang Schäuble aus Deutschland, Pierre Moscovici aus Frankreich und George Osborne aus dem Vereinigten Königreich einen Riegel schieben.

Bereits gestern Nachmittag zeichnete sich ab, dass das Gipfeltreffen die Politik der Schwächung des Yen durch die japanische Notenbank nicht verurteilen wird. Im Vorfeld des zweitägigen Treffens waren Befürchtungen laut geworden, die japanische Geldschwemme-Politik könnte einen Währungskrieg nach sich ziehen, wenn andere Notenbanken dieser Strategie aus Sorge um den Export der eigenen Wirtschaft folgen würden. Die G-20-Konferenz ging gestern Abend zu Ende.

Weiter Streit um Zypern-Hilfe

Keine Annäherung scheint es am Rande des Treffens auch bei den Meinungsverschiedenheiten vor allem zwischen Moskau und Berlin über Hilfen für den angeschlagenen Finanzsektor Zyperns gegeben zu haben. Als der russische Finanzminister Anton Siluanow bei einem Empfang zum Auftakt des Gipfels am Freitagabend die weitgehende Übereinstimmung Deutschlands und Russlands in strategischen Finanzfragen hervorhob, konnte sich der russische Präsident Vladimir Putin einen kleinen Seitenhieb nicht verkneifen. «Es wäre schön, wenn wir auch bei der Finanzhilfe für Zypern übereinstimmen würden», bemerkte er. «Ich glaube nicht, dass eine Erörterung der Situation in Zypern jetzt zur Stabilität beitragen würde», erwiderte Schäuble. Er hoffe, «dass wir darüber in privatem Rahmen werden sprechen können», fügte er, an Putin gewandt, hinzu.

Aus Berlin war wiederholt die Meinung zu hören gewesen, um Zyperns Finanzprobleme sollten sich vor allem diejenigen kümmern, die ihr Geld dort



Russlands Präsident Wladimir Putin führte das G-20-Treffen im Kreml in Moskau, das gestern nach zwei Tagen zu Ende ging.

AP/Alexander Zemlianichenko

gelagert hätten. Gemeint waren russische Firmen.

«Unbegründetes Gerede»

Bei dem Empfang am Freitagabend hatte Putin, zu dessen Tugenden Pünktlichkeit sonst nicht gerade zählt, der Bedeutung des Anlasses entsprechend nur wenige Minuten Verspätung. Wohlwollende Atmosphäre herrschte in dem weismarmornen Raum. Die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, begrüßte die Anwesenden auf Russisch. Später bewies sie dann Ortskenntnis, indem sie dem Federal-Reserve-Chef Ben Bernanke die Gemälde an der Kuppeldecke des repräsentativen Kremlsaales erklärte.

Ansonsten gab die IWF-Chefin bereits bei dem Empfang im Kreml die Linie für den Gipfel vor. «Man sollte niemand beschuldigen und mit dem Finger auf ihn zeigen», meinte Lagarde mit Blick auf die japanische Finanzpolitik. «Das ganze Gerede von Währungskriegen ist unbegründet», sagte Lagarde. Nach ihrer Meinung sind die Schwächung des Yen und die jüngste Aufwertung des Euro

Ausdruck einer wohl überlegten und wirksamen Politik der jeweiligen Notenbanken.

Gastgeber Putin unterstrich in seiner Ansprache bei dem Empfang, dass kein



«Das ganze Gerede von Währungskriegen ist unbegründet.»

IWF-CHEFIN
CHRISTINE LAGARDE

Land die derzeit bestehenden globalen Finanzprobleme allein meistern könne. Im Schnitt übersteige die Staatsverschuldung der hoch entwickelten Länder

100 Prozent ihres jährlichen Bruttoinlandsprodukts. Der russische Präsident stellte in Frage, dass die G 20 in dieser Verfassung die Weltwirtschaft aus Stagnation und Unsicherheit führen könnten.

Schäuble dankt Russland

Bundesfinanzminister Schäuble hatte in einem Beitrag für die Samstagausgabe der Moskauer Wirtschaftszeitung «Kommersant» Russland eine grosse Verantwortung bei seiner bevorstehenden G-20-Präsidentschaft zugemessen. Die Staatsverschuldung der meisten hoch entwickelten Länder verharre auf einem Besorgnis erregend hohen Niveau, schrieb Schäuble. Sie bedrohe nicht nur die globale Finanzstabilität, sondern sei auch ein Hindernis für das internationale Wirtschaftswachstum. Eine derart hohe Verschuldung sei in Friedenszeiten «sehr problematisch». Es gelte, untergebenes Vertrauen wieder herzustellen. Er sei der russischen G-20-Präsidentschaft dafür dankbar, dass sie dieses Problem ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt habe.

Widmer-Schlumpf ist zufrieden

MOSKAU sda. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf hat sich am Samstag zufrieden mit den Beschlüssen des G-20-Treffens in Moskau gezeigt. Dies, obwohl die versammelten Finanzminister und Notenbankchefs sich auf keine gemeinsame Strategie zum Schuldenabbau der Staaten, eines der Hauptanliegen der Schweiz, einigen konnten. Kein Wort ist im gestrigen Communiqué der Eidgenössischen Finanzdirektion zu lesen zum Beschluss der G 20, gemeinsam gegen Strukturen zur Umgehung von Steuerpflichten durch internationale Grosskonzerne vorzugehen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) soll dazu bis Juli Pläne vorstellen.

Kavallerie: Zurück an Absender

Peer Steinbrück, der Bundestagsabgeordnete, der Bundeskanzler werden möchte: Er ist selber andauernd unter Druck. Da ist aktuell die Geschichte mit «Peerblog» – (Kumpels, die man nicht kennt, hatten für Steinbrück eine mittlerweile off-line geschaltete Internetseite gestaltet; eine sechsstellige Summe soll da von fünf Unternehmen anonym bezahlt worden sein). Das hat ein «Gschmäckle» – es geht letztlich um Wahlkampffinanzierung und das Parteiengesetz. Bei der Kavallerie-Episode fand ich persönlich, man hätte aus der Schweiz heraus vielleicht mit etwas mehr gelassenem Humor auf den selbstverliebten damaligen Minister reagieren können. Mittlerweile gibt es allerdings über diesen «Peerblog» hinaus ein paar Themen und Aspekte, welche den Goodwill haben kleiner werden lassen,



den man einem etwas gewöhnungsbedürftigen Grossonkel entgegenbringen würde.

Da ist zunächst die Steuerfrage. Ich habe noch nie gefunden, Steuerhinterziehung sei ein Bürgerrecht, aber ich mag von seiner Kriegsführung gegen den Finanzplatz Schweiz je länger, je weniger hören und lesen. Und ich fände es angebracht, wenn wir selber endlich im Rahmen einer überzeugenden Finanzplatzstrategie sagen würden: Ja gut, Spielregeln – dann aber für alle und überall – auch für die schönen Kanalinseln, zum Beispiel. Das Problem ist mittlerweile die fixe negative Rollenbeschreibung, die der Finanzplatz Schweiz erfährt.

Es ist schon bemerkenswert, wenn Herr Steinbrück, wie

er es im Januar anlässlich einer Pressekonferenz in Braunschweig getan hat, (drum heisst das Ganze dann aufgeblasen «Braunschweiger Erklärung für mehr Steuergerechtigkeit») Deutschland empfiehlt, es den USA nachzumachen, welche die Kavallerie in der Schweiz hätten satteln lassen. Die Stunde der Heuchler hat geschlagen – mit grossem Hall: Ausgerechnet die USA, die namentlich und nur beispielsweise mit Delaware eine Dienstleistungs-oase anbieten, die «a sunny place for shady people» ist. Und Steuerhinterziehung ist mutmasslich noch einer der netteren Hintergründe für die Versteckspiele, die der Finanzplatz Miami anbietet. Oder Grossbritannien, wo das koloniale System in Steuerparadiesen munter und ungefährdet nachwirkt.

Damit soll nicht beschönigt werden, was sich einige Banken und Bankiers in der Schweiz geleistet haben. Aber deswegen muss erstens nicht der ganze Finanzplatz sich diffamieren lassen. Und zweitens: Wir müssen uns fragen, weshalb der Chefkavallerist nicht zuerst einmal die eigenen Gefilde ordnet. Reden wir doch einmal von seinen Nebeneinkünften, die er als Bundestagsabgeordneter erzielt und die weitgehend von Zahlern stammen, die er

im Visier hat. Die Honorare übersteigen sein Gehalt als Abgeordneter bei weitem. Wenn sich Banken das antun wollen, bitte sehr. Man muss sich allerdings fragen, was sie sich davon erhoffen. Sie wissen ja im Voraus, was und wie er denkt. Suchen sie «Anbiederung»?

Wenn also ein ehemaliger Finanzminister und designierter Kanzlerkandidat für Vorträge bei Unternehmen und Verbänden der Finanzbranche innerhalb von zwei Jahren rund eine Million Euro kassiert und sich auf intransparente Wahlkampfunterstützung verlässt, so gibt es Grundsätzliches, das gegen ihn spricht. Und zwar dies: In Deutschland bestehen strenge Vorschriften für Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes zu Fragen von Korruption und Vorteilsnahme im Amt. Und ausgerechnet für Bundestagsabgeordnete bestehen diese Regeln nicht. Weshalb? Der Deutsche Bundestag weigert sich wie Syrien und Nordkorea, der UN-Konvention gegen Korruption beizutreten; 161 Staaten haben sie ratifiziert. Damit befindet sich Deutschland bei der Abgeordnetenbestechung in einem «exklusiven» Klub. Und der Grund dafür: Vor allem die Unionsfraktion blockiert diesen Schritt, weil

sie durch strengere Strafgesetze gegen Bestechung die Freiheit ihres Mandates beeinträchtigt sieht.

Bevor wir uns von dieser Person weiter beeindrucken lassen, soll der Kanzlerkandidat Peer Steinbrück uns doch einmal erklären, wie er selbst die Freiheit und Unabhängigkeit des Abgeordnetenmandates versteht. Wieso sollen Abgeordnete anders fahren bezüglich Korruption als Beamte? Was ist mit der Unabhängigkeit? Und wer genau finanzierte diesen Blog? Die UN-Konvention verlangt, dass die Unterzeichnerstaaten Gesetze einführen, welche Korruption als Delikt umschreiben. Herr Steinbrück spricht sich zwar für mehr Transparenz aus, aber über seine Interessenkonflikte und die Einführung von Strafnormen geht er hinweg. Die UNO-Konvention ist im Original in Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch abgefasst. Welche Sprache versteht der deutsche «Kavalleriechef»?

MONIKA ROTH

HINWEIS

Monika Roth (61) ist Professorin für Compliance und Finanzmarktrecht an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiterin am Institut für Finanzdienstleistungen Zug IFZ.